

Arbeiter
Angestellte
BeamteArbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

Neue Motivationspritze für den öffentlichen Dienst !! „Kürzung von Besoldung und Vergütung in Höhe von 10%“

Diese und ähnliche Drohungen werden derzeit von den Politikern im Vorfeld der Aufnahme von Verhandlungen über den sogenannten „Solidarpakt“ mit den Gewerkschaften ausgestoßen.

Schon die Bezeichnung „Solidarpakt“ ist irreführend! Sollen sich die Gewerkschaften in Vertretung der Bediensteten des öffentlichen Dienstes solidarisch und verantwortlich für den Schuldenberg aus der Bankgesellschaft erklären? Den Schuldenberg den nicht die Bediensteten, sondern die Politiker verursacht haben?

Vielmehr handelt es sich doch hierbei um einen aufgezwungenen „Sanierungspakt“, mit dem die Bediensteten für die Fehler der Politiker büßen sollen. Oder wie beliebt es doch der Herr Innensenator Dr. Körting auf der Beschäftigtenvertreterkonferenz des DBB – Beamtenbund und Tarifunion – Berlin so nett auszudrücken: „Wir leben nun einmal in einer Demokratie, in der alle Bürger für die Fehler der Politik grade stehen müssen!“. Wie würde der Urberliner darauf erwidern: „Na Klasse“!

Im Übrigen tragen Äußerungen, mit den Gewerkschaften über Kürzungen von Besoldungen und Vergütungen verhandeln zu wollen, nicht zur Motivation der Bediensteten bei. Seriös sind sie ohnehin nicht, sind doch von der Politik bislang noch keinerlei Anstrengungen unternommen worden, diese Androhungen vorher einer rechtlichen Prüfung über ihre Machbarkeit zu unterziehen.

Es trägt auch nicht zu einer größeren Verhandlungsbereitschaft bei den Gewerkschaften bei, im Falle eines Scheitern der Verhandlungen, diese Kürzungen dann im Gesetzeswege mit Bundesratsinitiativen durchsetzen zu wollen.

Festzustellen ist, dass taktische Geplänkel und verbale

Attacken kein Ersatz für Personalentwicklungskonzepte sind!

Solange derartige Konzepte von der Landesregierung nicht vorgelegt werden, sieht die DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN keine Veranlassung, sich über „ungelegte“ Eier – wie Kürzungen der Bezüge – mit den Politikern über den Umweg über die Medien auszutauschen!

INHALTSVERZEICHNIS

Neue Motivationspritze für den öffentlichen Dienst !!	21
Kommentar	23
Fachtagung: Gesundheitstag 2002 - Zwischenbilanz	24
Dampferfahrt der schwer behinderten Menschen	25
Ausstellung: „Der (im-)perfekte Mensch	25
DSTG-Landesverband Berlin ehrt langjährige Mitglieder	26
DSTG bekämpft Versorgungs- und Beihilfekürzungen	28
Internet-Dienstvereinbarung	28
DSTG beim Finanzsenator	29
Neue Beurteilungsvorschriften	29
Informationen aus dem Abgeordnetenhaus	30
„Frontal-Angriff „auf die OFD, DSTG-Unterstützung erfolgreich	31
Leistungsangebot der DSTG	32



Jürgen Köchlin
koechlin@dstg-berlin.de

Kommentar

Aufpassen, Kolleginnen und Kollegen ...

Obwohl es Frühling ist, bläst uns ein eisiger Wind entgegen.

Die Medien haben vom Berliner Senat gelernt, sie stürzen sich auf alles, was geeignet ist, die Auflagenhöhe oder die Sehbeteiligung zu erhöhen und dies ist populistisch zur Zeit der öffentlichen Dienst in Berlin. Vorlagen dazu liefern täglich kostenlos Senatsmitglieder oder Parteifunktionäre.

Aufpassen, Kolleginnen und Kollegen ...

War es gestern noch die Privatisierungswelle, ist es heute gleich die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die Berliner Parteien konkurrieren geradezu untereinander mit Vorschlägen, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu vernichten. Fast täglich werden dazu Ideen verkündet oder Anträge formuliert! Durch Presse- oder Fernsehberichte entsteht ein öffentlicher Rechtfertigungsdruck. Letztlich bleiben doch Arbeitsplätze auf der Strecke. Das Etappenziel ist damit erreicht. Den Rest besorgen Rechnungshof und andere.

Aufpassen, Kolleginnen und Kollegen ...

Wer nicht privatisiert oder vernichtet werden kann, dem drohen weitere Einschnitte: Erhöhung der Arbeitszeiten – Beihilfekürzungen – Bezügekürzungen – Zwangsteilzeit. Hierzu ist dem Senat jegliches Droh- und Druckmittel recht! Die Methode ist einfach und simpel: Angestellte gegen Beamte, Beamtenrecht gegen Tarifverträge.

Aufpassen, Kolleginnen und Kollegen ...

Nichts ist mehr unmöglich, sicher ist kein Arbeitsbereich und kein Arbeitsplatz! Ob Auflösung der OFD, der Finanzkassen oder der DEKOMM-Stellen, niedrigere Eingruppierungen oder verringerte Besoldung, Sarrazin und Co. fällt täglich etwas Neues ein! Die Senatoren gehen aber wie sie gekommen sind, die Folgen dieser Politik werden jedoch ausschließlich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu tragen haben!

Aufwachen, Kolleginnen und Kollegen ...

Nur Geschlossenheit und solidarisches Handeln bremsen Sarrazin und Co.

Wir sind dazu bereit - Sie auch?

IMPRESSUM

DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im DBB - Beamtenbund und Tarifunion

Herausgeber Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Montag 9:00 - 18:00 Uhr Dienstag - Donnerstag 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: (030) 21 47 30 40 Telefax: (030) 21 47 30 41 e-mail: info@dstg-berlin.de

Internet www.dstg-berlin.de

Schriftleitung Jürgen Köchlin, stv. Landesvorsitzender der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN

Redaktion Detlef Dames, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder, Jeàn Wandkowski
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 15. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxe behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Gestaltung/Layout Jürgen Köchlin Fotos: DSTG BERLIN Archiv

Druck DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin-Spandau
Telefon: (030) 3 75 20 30 Telefax: (030) 3 75 52 26 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout Karsten Köchlin

Auflage 8.500 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

März 2002



LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN

Wollen Sie den Finanzsenator
erfreuen?

Dann sollten Sie nicht Mitglied der
DSTG werden, denn die versucht
massiv zu verhindern, dass mit
Ihnen Schlitten gefahren wird und
das erfreut ihn gar nicht.

Jedes Nichtmitglied stärkt seine
Position.

Können Sie das verantworten?

Deutsche Steuer-Gewerkschaft Landesverband Berlin

Fachtagung: Gesundheitstag 2002 - Zwischenbilanz -

Zwei Jahre nach der „Start-Tagung“ zur Einführung des Gesundheitsmanagements in der Berliner Verwaltung wurde auf dem Gesundheitstag 2002 - Zwischenbilanz - am 1. März 2002 in der Freien Universität Berlin (Rostlaube) eine Zwischenbilanz der bisherigen Aktivitäten in Senatsverwaltungen, Bezirksämtern und anderen Dienststellen gezogen. In mehreren Workshops wurde aufgezeigt, wo und wie erste Erfolge erzielt wurden, wo die Probleme liegen und was die Akteure - Dienststellenleiter, Ergobeauftragte, Personalvertretungen, Schwerbehindertenvertretungen, Frauenvertreterinnen und Gewerkschaften - als erste Schritte auf dem Weg zu einer gesunden Berliner Verwaltung tun können.

Anhand von Fallstudien aus den verschiedenen Berliner Verwaltungen wurden in sechs Diskussionsforen die Praxis des Berliner Gesundheitsmanagements vorgestellt. Dabei wurden die Schwierigkeiten, die aus den bevorstehenden weiteren Personalkürzungen erwachsen, ebenfalls kritisch erörtert.

Die Unfallkasse Berlin motivierte die Teilnehmer der Tagung zu einer aktiven Pause und setzte damit neue Akzente für den Ablauf von Veranstaltungen. Mit den ergänzenden Hinweisen der Unfallkasse Berlin (Heike Arndt) zur richtigen



Eröffnungsveranstaltung des Gesundheitstages 2002 in der Freien Universität Berlin



„Aktive Pause“ mit Heike Arndt von der Unfallkasse Berlin



Teilnehmerstände der Informationsbörse

Entspannung am Arbeitsplatz erhielten die Tagungsteilnehmer Anregungen für die Umsetzung in den Dienststellen.

Das Forum V „Erste praktische Schritte zum Gesundheitsmanagement“ sollte vor allem diejenigen ansprechen, die erst am Anfang des Prozesses stehen. Welche

ersten Schritte sind notwendig in Richtung gesunde Verwaltung? Welche Instrumente werden eingesetzt (Mitarbeiterbefragung, Gesundheitszirkel u.a.)? Am Beispiel der Oberfinanzdirektion Berlin mit den Finanzämtern wurde die teilweise durchgeführte Mitarbeiterbefragung zum Gesundheits-

management vorgestellt (Heike Eggeling, Koordinatorin Oberfinanzdirektion Berlin). Die Moderation übernahm Prof. Dr. Detlev Liepmann, FU Berlin.

Die Veranstaltung wurde abgerundet durch eine vielfältige Informationsbörse im Foyer der Freien Universität Berlin.

8. Mai 2002: Dampferfahrt der schwer behinderten Menschen

Traditionell, wie immer im Mai und zwar am Mittwoch vor Himmelfahrt – 8. Mai 2002 - findet die beliebte Dampferfahrt der schwer behinderten Beschäftigten des Landes Berlin statt. Diese Veranstaltung jährt sich in diesem Jahr zum 50. Mal und geht zurück auf einen Ausflug, den der damalige Innensenator mit Arbeitsopfern und Kriegsversehrten unternommen hatte, um ihnen für ihre Arbeit in der öffentlichen Verwaltung, trotz erheblicher Beeinträchtigungen, zu danken.

Die Organisation des Ausfluges liegt bei der Hauptschwerbehindertenvertretung. Der Ausflug ermöglicht den Menschen mit Behinderungen, sich untereinander kennen zu lernen und zwanglos mit ihren Interessenvertretungen Gespräche zu führen. Die Hauptschwerbehinderten-

vertretung nutzt diese Veranstaltung, um behindertenspezifische Informationen („Dampferfahrtzeitung“) direkt an die Betroffenen weitergeben zu können. Zu einem beliebten Programmpunkt ist auch die Tombola geworden, die sich aus Spenden von Kollegen, Dienststellen,

Betrieben und Gewerkschaften, darunter auch wieder die DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN, zusammensetzt.

Der Kartenverkauf (Teilnehmerkarte 16,-- ♦) erfolgt ausschließlich über die örtliche Schwerbehindertenvertretung.

8. Mai 2002: Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Am 8. Mai 2002 finden in den Berliner Finanzämtern die Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen statt. Gewählt werden Jugend- und Auszubildendenvertreter (JAV) in den Finanzämtern, eine Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) und eine Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV). An den Schwarzen Brettern in den Finanzämtern hängen alle erforderlichen Schreiben des Wahlvorstandes sowie das Wahlausschreiben aus. Weitere Informationen zur Durchführung der Wahlen geben die DSTG-Bezirksgruppen.

„Der (im-)perfekte Mensch. Vom Recht auf Unvollkommenheit“

Einen Tag vor der offiziellen Eröffnung der Ausstellung „Der (im-)perfekte Mensch. Vom Recht auf Unvollkommenheit“ hatten am 15. März 2002 das Deutsche Hygiene-Museum und die Aktion Mensch Vertrauenspersonen der schwer behinderten Menschen (Schwerbehindertenvertretungen) sowie weitere Mandatsträger zur feierlichen Abendveranstaltung in den Martin-Gropius-Bau, eingeladen.

In dieser Ausstellungseröffnung begrüßte Klaus Vogel vom Deutschen Hygiene-Museum und Dieter Gutschick von der Aktion Mensch die Eingeladenen.

Nach dem Empfang konnte die Ausstellung im ersten Obergeschoß des Martin-Gropius-Baus besichtigt werden. Bei der Berliner Präsentation handelt es sich um eine inhaltliche Aktualisierung der Dresdner Ausstellung. In 14 inszenierten Abteilungen fragt die Ausstellung am Beispiel des „Behindert-Seins“ und „Behindert-Werdens“ nach den historischen und aktuellen Vorstellungen von Normalität und Perfektion.

Wegen der hohen Gästezahl während der Ausstellungseröffnung waren die Räume

im Martin-Gropius-Bau zu überfüllt, um in Ruhe und mit Konzentration der Frage von Vollkommenheit und Unvollkommenheit nachzugehen. Der Besucher konnte sich einen ersten Eindruck verschaffen. Der Ausstellungsrundgang führt in die Gesamtkonzeption und die Themen der Abteilungen ein und gibt, ausgehend von den wichtigsten Objekten, interaktiven Installationen und audiovisuellen Medien eine assoziative Einführung in Vergangenheit und Zukunft der menschlichen Unvollkommenheit.

Der alte Traum vom neuen, perfekten Menschen wird wieder neu geträumt. In diesem Sinne stellt die Ausstellung den (im-)perfekten Menschen in den Mittelpunkt.

Die Ausstellung ist aktuell, denn vor dem Hintergrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und sich abzeichnender technischer Möglichkeiten wird gegenwärtig über nichts Geringeres debattiert als über die „Zukunft der menschlichen Natur“.

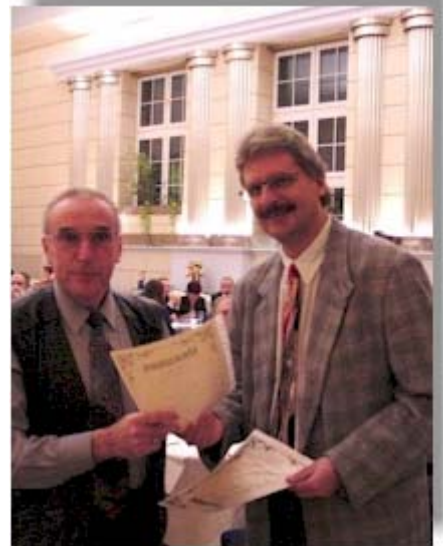
Wie viel Behinderung ist einem Menschen oder der Gesellschaft zumutbar? In der Berliner Ausstellung kommen Persönlichkeiten mit Beeinträchtigungen zu Wort, die ihren Körper und ihre daraus resultierende Wahrnehmung als einen integralen Bestandteil ihrer Identität beschreiben. In Ergänzung dazu werden historische Objekte von Persönlichkeiten mit Behinderung gezeigt, die diese Aussagen unterstreichen.

DSTG-Landesverband Berlin ehrt langjährige Mitglieder

Die DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT ist die Interessenvertretung der Beschäftigten der Finanzverwaltung. Um die berufsbedingten politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Mitglieder wahrzunehmen, prägen Mitglieder mit ihrem Fachwissen und ihrer Sachkenntnis die Gewerkschaftsarbeit. In der DSTG-Berlin bilden neben den Anwärterinnen und Anwärtern die langjährigen Mitglieder eine starke Säule mit Engagement für die gewerkschaftlichen und beruflichen Ziele.

Alle zwei Jahre lädt daher der DSTG-Landesverband Berlin die DSTG-Mitglieder mit 25-jähriger bzw. 40-jähriger Mitgliedschaft in der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT zu einer kleinen Feierstunde ein.

Dieses Jahr hatte der Landesverband Berlin die DSTG-Jubilare zu einer Abendveranstaltung in das Logenhaus eingeladen. Der Landesvorsitzende Detlef Dames dankte den Mitgliedern für ihre langjährige Treue zur DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT und ehrte zusammen mit Mandatsträgern aus den Bezirksgruppen die Kolleginnen und Kollegen mit einer Urkunde für die 25-jährige bzw. 40-jährige Mitgliedschaft.



rechts oben:
Bodo Laße erhält für 40 Jahre Mitgliedschaft in der DSTG vom Vorsitzenden die Urkunde (DSTG-Bezirksgruppe Reinickendorf).

rechts:
Astrid Hoffmann (25 Jahre DSTG) zusammen mit dem DSTG-Landesvorsitzenden

links:
Ein besonderer Dank an Klaus Ladewig für seine 40-jährige Mitgliedschaft und seinen engagierten Einsatz im Landesverband.

unten:
Aus der DSTG-Bezirksgruppe OFD/SenFin wurden Petra Kotinka, Ibrahim Igde, Andreas Hummel, (Karin Herrmann), Michael Teickner und Günter Schwoy für 25 Jahre Mitgliedschaft in der DSTG geehrt



DSTG-Landesverband Berlin ehrt langjährige Mitglieder



oben:

Martina Riedel aus der DSTG-Bezirksgruppe FuSt mit den Jubilaren Klaus Frohloff, Hardy Daue und Werner Redlich (alle 25 Jahre DSTG) mit dem DSTG-Landesvorsitzenden



rechts:

40 Jahre Mitglied in der DSTG: Klaus-Dieter Priebisch aus der DSTG-Bezirksgruppe Spandau und der DSTG-Landesvorsitzende Detlef Dames.



unten:

die Jubilare Wolfgang Neitzel - 40 Jahre Mitgliedschaft, (für die DSTG-Bezirksgruppe Körperschaften I: Karin Oesterreich, Jeàn Wandkowski) Gisela Bunse, Christian Hardenberg, Rosi Witt-Schumacher (alle 25 Jahre DSTG-Mitgliedschaft).



DSTG bekämpft Versorgungs- und Beihilfekürzungen

Die Bundesregierung hat gegen den entschiedenen Widerstand von DBB - Beamtenbund und Tarifunion - Berlin und DEUTSCHER STEUER-GEWERKSCHAFT die Kürzung der Beamtenversorgung von 75 % auf 71,75 % vorgenommen. Auch der Teilerfolg – die Absenkung auf 70 % verhindert zu haben – führt nicht dazu, dass sich die DSTG zufrieden zurücklehnt.

Die DSTG hat der Politik bereits im Vorfeld der Gesetzesänderung die Beschreitung des Klageweges angekündigt und damit eindeutig signalisiert: **„Mit uns nicht!“**

Die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes lässt sich aber erst anhand des konkreten Falles eines direkt Betroffenen klären. Diese Kollegin oder dieser Kollege wird dann mit dem Rechtsschutz der DSTG und mit einem zwischenzeitlich in Auftrag gegebenen Gutachten zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes eine Klage führen können.

Die **Einführung einer Kosten-**

dämpfungspauschale bei der Beihilfe (bei A 7, A 8 Kürzung um 50 •, A 9 bis A 12 um 100 •, A 13, A 14 um 200 •, A 15, A 16 um 310 • und weiter nach oben gestaffelt bis zu 770 •) schwebt zwar im Moment – als konkrete Drohung der Landespolitiker – wie ein Damoklesschwert über den Landesbeamten, aber sie ist dank der harten Verhandlungen des Landesvorsitzenden der DSTG, Detlef Dames, mit Regierendem Bürgermeister, Innensenator und Finanzsenator noch nicht beschlossene Sache. Auch hier war eindeutige und unmissverständliche Botschaft der DSTG: **„Mit uns nicht!“**

Die DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN hat als Kompensationsvorschlag für die Einsparungen durch die Beihilfekürzung eine Kürzung des Faktors bei der Gebührenordnung für Ärzte (GOA) auf das 1,7fache vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird zwischenzeitlich von der Landesregierung geprüft.

Sollte dieser Vorschlag nicht angenommen, sondern die Beihilfekürzung beschlossen werden, wird auch hier mit dem Rechtsschutz der DSTG die Prozesswelle losgetreten. Für die DSTG ist klar:

„ Keine Kürzungen von Versorgung und Beihilfe!“

Senat erhöht die Arbeitszeit der Beamten

Da der durch den Bankenskandal des Berliner Senats bezifferte Schaden für das Land Berlin von der Senatsverwaltung auf bis zu 40 Milliarden • (!) geschätzt wird, hat der Berliner Senat als erste Maßnahme beschlossen, Arbeitsplätze der Beamtinnen und Beamten zu vernichten. Dazu wird die Arbeitszeit der Beamten des Landes Berlin einheitlich auf 40 Stunden wöchentlich festgesetzt. Mit der Erhöhung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten (West) von 39,5 auf 40 Stunden wöchentlich sollen laut Senatsberechnungen ca. 2800 Arbeitsplätze (Beschäftigtenpositionen) von beamteten Beschäftigten im Land Berlin abgebaut werden.

Die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten (West) auf 40 Stunden wöchentlich wird im Land Berlin zum 1. Kalendermonat nach Verabschiedung der Arbeitszeitverordnung (AZV) wirksam. Die Gewerkschaften wurden im Rahmen von § 60 Landesbeamtengesetz beteiligt. Die jahrelange Forderung von DBB - Beamtenbund und Tarifunion - Berlin und DSTG, die Arbeitszeit aller Beamten in Berlin (Ost und West) einheitlich auf 39,5 Stunden anzupassen, ist nicht mehr realisierbar.

Internet-Dienstvereinbarung

Die zwischen der Senatsverwaltung für Inneres und dem Hauptpersonalrat (HPR) am 21. Februar 2002 erstmals geschlossene Internet-Dienstvereinbarung gilt verbindlich für Dienststellen und Beschäftigte des Landes Berlin.

Mit der längst überfälligen Regelung über die Nutzung des am Arbeitsplatz zugänglichen Internets ist endlich Rechtssicherheit für Beschäftigte und Dienststellen eingetreten. Nach Verhandlungen unter Einbeziehung des Berliner Datenschutzbeauftragten stimmte der Hauptpersonalrat (HPR) der Internet-Dienstvereinbarung zu.

Nach der Internet-Dienstvereinbarung

vom 21. Februar 2002 bedarf eine darüber hinausgehende Nutzung, besonders zu privaten Zwecken, einer örtlich einzelnen Regelung oder einer durch die örtliche Personalvertretung weiteren Dienstvereinbarung.

Die Beschäftigten sind nach dieser Internet-Dienstvereinbarung einerseits gehalten, das Internet und die anderen Dienste zu den in der Dienstanweisung

genannten Zwecken aufgabenbezogen und zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zu nutzen, während andererseits die private Nutzung des Internets und der anderen Dienste grundsätzlich nicht zulässig ist.

Die private Nutzung des Internets bleibt grundsätzlich ausgeschlossen, um damit die Diskussion über Gebühren für die private Nutzung des Internets zu vermeiden.

DSTG beim Finanzsenator

Am 20. März 2002 hatten der Landesvorsitzende Detlef Dames, der stellvertretende Landesvorsitzende Frank Schröder und der Landesjugendvorsitzende Mario Moeller Gelegenheit, dem Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin die Situation der Steuerverwaltung sowie die Stimmung der Beschäftigten darzulegen. Das Gespräch fand in der Senatsverwaltung für Finanzen in der Klosterstraße statt.

Dabei machten die Vertreter der DSTG klar, dass aufgrund der Personalentwicklung seit der Wiedervereinigung sowie der Altersstruktur Einstellungen und

Übernahmen unabdingbar sind, um die Steuerverwaltung arbeitsfähig zu erhalten. Ebenso ist ein Beförderungs- und Höhergruppierungskorridor notwendig,

um die Motivation der Beschäftigten nicht noch weiter sinken zu lassen. Es muss also endlich ein Personalkonzept erstellt werden, das nicht bei der klein-



1. Gespräch der DSTG beim Finanzsenator: Frank Schröder, Dr. Thilo Sarrazin und Detlef Dames

sten Unwägbarkeit wieder über Bord geworfen wird.

Dr. Sarrazin erkannte diese Forderungen grundsätzlich als berechtigt an. Allerdings hätte er bisher durch die Aufstellung des Haushalts nicht die Zeit gefunden, sich intensiv mit der Steuer-

verwaltung zu befassen, und könne daher keine Zusagen machen. Ihm läge daran, dass das erforderliche Konzept auf seriösen Füßen stünde. Deshalb sei mit Entscheidungen nicht vor Ende Mai zu rechnen.

In entspannter und offener Atmosphäre

wurde außerdem über die mangelhafte Ausstattung der Finanzämter sowie über die Pläne zur Verlagerung der Ausbildung nach Königs Wusterhausen gesprochen. Zudem wurde vereinbart, dass DSTG und Finanzsenator künftig regelmäßig die Probleme in der Steuerverwaltung erörtern werden.

Neue Beurteilungsvorschriften für die Steuerverwaltung zum 1. Januar 2003

Mit Wirkung vom 15. Februar 2002 sind die Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des Verwaltungsdienstes (AV BVVD) in Kraft getreten. Für die Beamtinnen und Beamten im Bereich der Berliner Steuerverwaltung finden sie jedoch keine Anwendung. Die Senatsverwaltung für Finanzen beabsichtigt, neue Beurteilungsvorschriften auch für die Beamten der Laufbahnen des Steuerverwaltungsdienstes festzulegen, die sich weitestgehend an die AV BVVD anlehnen, damit eine einheitliche Verfahrensweise bei der Beurteilung im allgemeinen Verwaltungsdienst und im Steuerverwaltungsdienst hergestellt wird. Diese Ausführungsvorschriften sollen mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft treten. Gleichzeitig sollen die Ausführungsvorschriften über die dienstliche Beurteilung der Beamten im Dienstbereich der Steuerverwaltung des Landes Berlin vom 7. August 1970 außer Kraft treten. Da die neuen Beurteilungsvorschriften sowohl für die OFD Berlin mit den Finanzämtern als auch für die Steuerabteilung bei der Senatsverwaltung für Finanzen gelten, wurde Mitte März 2002 das Beteiligungsverfahren beim zuständigen Hauptpersonalrat (HPR) eingeleitet.



Jürgen Köchlin
koechlin@dstg-berlin.de

Informationen aus dem Abgeordnetenhaus

Sparen – überall, nur nicht beim Finanzsenator

Während der Berliner Finanzsenator im öffentlichen Dienst einerseits 40.000 Arbeitsplätze vernichten will, versucht er andererseits zugleich einen ehemaligen Berliner Staatssekretär in eine wichtige Position im eigenen Ressort zu hieven, um ihn wieder zu versorgen.

Nach Informationen der Berliner Morgenpost vom 9. März 2002 soll der Vertrag mit dem Senatsbeauftragten für die Berliner Verwaltungsreform, dem Stuttgarter Unternehmensberater Markus Graßmann, Mitte 2003 nicht mehr verlängert werden. Um die Berliner Verwaltungsreform weiterhin umzusetzen, soll zusätzlich vom April 2002 an als operativer Kopf einer nun beim Finanzsenator angesiedelten Arbeitsgruppe der ehemalige Gesundheits-Staatssekretär Friedrich-Wilhelm Dopatka (SPD) eingestellt werden. Welche Rolle dann Graßmann bis Mitte 2003 spielen wird, ist politisch unklar, wegen seines Gehalt von täglich rund 1200 Euro soll sein Vertrag nicht gekündigt werden.

Friedrich-Wilhelm Dopatka (55 Jahre) war von der damaligen Gesundheitssenatorin Gabriele Schöttler (SPD) erst im Januar 2001 aus Bremen geholt worden. Als das Gesundheitsressort an die PDS vergeben wurde, verlor auch Dopatka seinen Posten. In Bremen war der gebürtige Kieler von 1988 bis 1995 Staatssekretär, zunächst im Gesundheitsressort, später beim Finanzsenator. Dort unterstand ihm das gesamte Bremer Landespersonal. Aus Bremen kennt Dopatka die Haushaltssanierung, Personalabbau und Aufgabenkritik. Mit dem neuen Posten dürfte dem Juristen Dopatka eine Schlüsselrolle bei der künftigen Sanierung des Berliner Haushalts zukommen!

Lebenslauf des Berliner Innensenators, SPD

Dr. Ehrhart Körting

Rechtsanwalt

Geboren am 22. Juni 1942 in Berlin, verheiratet, fünf Töchter,
Wichtige Stationen: Kindheit und Schule in Bad Harzburg, Jurastudium in Berlin und München, zweites juristisches Staatsexamen 1969 in München

1969 bis 1970: Assessor/Staatsanwalt im Bayerischen Staatsministerium der Justiz

1970 bis 1972: wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverwaltungsgericht

seit 1971: Mitglied der SPD

1972 bis 1975: Richter am Verwaltungsgericht

1975 bis 1979: Baustadtrat in Charlottenburg

1979 bis 1981: Volksbildungsstadtrat in Charlottenburg

seit 1981: Rechtsanwalt

1989 bis 1990: Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin (MdB)

1992 bis 1997: Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin

11/1997 bis 1999: Senator für Justiz

1981 bis 1985: stv. Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg

11/1999-02/2000: Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin (MdB)

seit Juni 2001: Senator für Inneres



„Frontal-Angriff“ auf die OFD DSTG-Unterstützung erfolgreich

Der Antrag der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus „Sofortige Auflösung der OFD“ hatte im März nicht nur einen „Frontal-Angriff“ der gleichnamigen ZDF-Sendung hervorgerufen. Mit der Oberfinanzdirektion Berlin beschäftigten sich bundesweit die Medien.

Der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN, und insbesondere dem DSTG-Landesvorsitzenden Detlef Dames ist es gelungen, in Gesprächen mit den Parteien und am Rande der Sitzung des Hauptausschusses am 6. März 2002 die sofortige Auflösung der Oberfinanzdirektion Berlin - vorerst - zu verhindern.

In der achtstündigen Sitzung des Hauptausschusses am 6. März 2002 wurde schließlich nicht dem Antrag der Frakti-

on der CDU zugestimmt. Stattdessen stimmte selbst der CDU-Abgeordnete Zimmer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS zu.

Zwischenzeitlich hat die Oberfinanzdirektion Berlin ein Tätigkeitsprofil erstellt, dass die Grundlage für die Stellungnahme der Senatsverwaltung für Finanzen zum Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und PDS bildet.

Mit dem Umzug in die neuen Räumen – planmäßig ab Mai 2002 – ist die politische Diskussion um die Auflösung der Oberfinanzdirektion Berlin noch nicht endgültig erledigt. Eine entsprechende Pressemitteilung vom 20. März 2002 des Finanzsenators Sarrazin wurde im SFB-Rundfunk am 21. März 2002 aufgegriffen.

Die DSTG BERLIN wird sich weiterhin für den Erhalt der OFD Berlin einsetzen.

Prämien und Leistungen für Qualifizierungen zur Realisierung von Personalkosteneinsparungen

Nach einem Rundschreiben der Senatsverwaltung für Inneres vom 18. Januar 2002 sind im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen ab sofort und bis zum Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2002 die Verwaltungsvorschriften, die inhaltlich der bis zum 31. Dezember 2001 geltenden Fassung entsprechen, in Kraft. Interessierte Beschäftigte an einem Auflösungsvertrag oder Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst mit 58 Jahren sollten sich aber dennoch vorher genauestens beraten lassen. Insbesondere die Beamtinnen und Beamte sollten sich über die einschränkenden, dauerhaften Versorgungsnachteile ausführlich informieren.

DSTG-Bowlingturnier 2002



Der Landesvorsitzende Detlef Dames und der Organisator des Bowlingturniers Wolfgang Haß ehren die siegreiche Mannschaft aus dem Finanzamt für Körperschaften I.

Das Leistungsangebot der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT – DSTG

- Interessenvertretung am Arbeitsplatz
- Fachliche Beratung bei allen Fragen des öffentlichen Dienstrechts
- Kostenlose Gewährung von Rechtsschutz in beruflichen Angelegenheiten
- Vertretung gegenüber der Dienstbehörde
- Förderung der sozialen Belange
- Mitwirkung beim Abschluss von Tarifverträgen
- Eintreten für die Fortentwicklung des Beamtenrechts
- Kontaktpflege zu den politischen Parteien
- Kostenloser Unfallschutz für Freizeitunfälle
- Schutz vor sozialem Rückschritt
- Niedrige Gewerkschaftsbeiträge

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie ein!

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausfüllen und an die DSTG senden:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32**

10777 Berlin

FAX: (0 30) 21 47 30 41

Ja, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung

vom 2002.

Name: **Vorname:**

Dienststelle: **Telefon d.:**

..... **Berlin, den**
(Unterschrift)